

Demographischer Wandel als wirtschaftliche Herausforderung

Wirtschaftswachstum ohne Bevölkerung

Die Auswirkungen des demographischen Wandels werden breit diskutiert und doch nur selten auf die volkswirtschaftliche Ebene bezogen. Um ein anhaltendes Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, muss den veränderten Bedingungen mit unterschiedlichen Politikmaßnahmen begegnet werden.

Von Axel Börsch-Supan

Die Alterung der Bevölkerung, insbesondere in Asien und Europa, ist ein historisch einmaliges Ereignis. Das Negative dominiert dabei in der gesellschaftlichen Einschätzung, ist doch allein das Wort Alterung negativ belegt. Dabei beruht die heutige Bevölkerungsalterung zum einen Teil auf der Verlängerung der Lebenszeit, einer sehr positiven Entwicklung, zumal sie von einer überproportionalen Verlängerung der Spanne aktiven Lebens begleitet ist. Zum anderen beruht die Alterung auf der viel gewünschten niedrigen Kinderzahl, mit der bis vor kurzem auch fast alle sehr zufrieden lebten. Es ist mir wichtig, die positiven Seiten des demographischen Wandels am Anfang dieses Beitrags klar herauszustellen.

Es ist keine neue Einsicht, dass der sich beschleunigende demographische Wandel zu den wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts gehört. Dennoch beschränkt sich die öffentliche Debatte immer noch weitgehend auf die sozialpolitischen Konsequenzen, besonders auf das Finanzierungsproblem der staatlichen Rentenversicherungen. Der demographische Wandel wird jedoch auch einen tief liegenden makroökonomischen Strukturwandel hervorrufen, der alle wichtigen Märkte beeinflussen wird. Dazu gehörten der Arbeitsmarkt, die Märkte für Waren und Dienstleistungen sowie die internationalen Kapitalmärkte und damit das Verhältnis zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern. Mit diesem Strukturwandel sind keinesfalls nur negative Entwicklungen verbunden.

Was wird passieren? Die Schrumpfung Deutschlands ist trotz der Präsenz des Themas in den Schlagzeilen mittelfristig kein Problem, denn die Bevölkerungszahl wird in den nächsten 30 Jahren von heute 82 Millionen nur unwesentlich auf etwa 77 Millionen Einwohner zurückgehen. Erst wenn die Babyboom-Generation verstirbt, also nach 2040, wird es einen Bevölkerungsrückgang geben, der auch für das Wirtschaftsgefüge relevant sein wird.

Bis dahin, also noch eine ganze Generation lang, ist der demographische Wandel vielmehr eine massive Strukturveränderung zwischen jung und alt – und vor allem zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen. Die gesamtwirtschaftliche Erwerbsquote, also die Anzahl der Erwerbstätigen bezogen auf die Gesamtbevölkerung, wird massiv zurückgehen. Während ab 2010 die Jahrgänge, die in das Berufsleben eintreten, stetig dünner werden, gehen die starken Jahrgänge der Babyboomer etwa ab 2020 in Rente.

Dies macht die makroökonomische Herausforderung deutlich. Zum einen bleibt die Anzahl von Konsumenten, die sich zudem an ein wesentlich höheres Konsumniveau gewöhnt haben, etwa gleich. Zum anderen wird es in 20 bis 30 Jahren wesentlich weniger Erwerbstätige geben, die diese Konsumgüter und Dienstleistungen produzieren müssen.

Wie kann dieser Herausforderung begegnet werden? Drei makroökonomische Strategien bieten sich an. Binnenwirtschaftlich kann man vor allem das makroökonomische Problem an der Wurzel packen, indem die gesamtwirtschaftliche Erwerbsquote wieder erhöht wird. Zweitens kann eine höhere Güter- und Dienstleistungsproduktion durch eine höhere Arbeitsproduktivität entstehen. Drittens können wir mehr aus dem Ausland importieren. Diese Importe müssen aber finanziert werden, sodass diese dritte Strategie langfristig auf eine Umkehrung des heutigen Zahlungsbilanzgleichgewichts hinausläuft. Die drei Strategien, mehr Erwerbstätigkeit, höhere Produktivität, mehr Importe, schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich. Klar ist: Die Welt wird sich ändern müssen. Darin liegen aber auch große Chancen.

Das Wirtschaftswachstum Deutschlands wird aus drei Komponenten genährt: der Anzahl der Arbeitsstunden, die in unserer Wirtschaft geleistet werden; der Anzahl der Maschinen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützen und der Produktivität, mit der Arbeit und Maschinen in unserer Wirtschaft eingesetzt werden, einschließlich der Innovativität und Qualität unserer Produkte.

Arbeitsmarkt als Wachstumskomponente

Eines steht fest: Die Zahl der Erwerbstätigen wird stark abnehmen. Selbst bei optimistischer Einschätzung der Entwicklung wird es im Jahr 2035 absolut weniger Erwerbstätige geben als heute. Im wahrscheinlichsten Fall werden es dann etwa acht Millionen weniger Erwerbstätige sein. Der Arbeitsmarkt wird also um fast das Doppelte der heutigen Zahl der Arbeitslosen schrumpfen. Alleine deshalb wird das Wirtschaftswachstum sin-

ken. Fraglich ist, ob diese Entwicklung durch die beiden anderen Wachstumskomponenten aufgewogen werden kann. Der Rückgang der Erwerbstätigenzahlen findet im Wesentlichen in den 25 Jahren zwischen 2010 und 2035 statt und beträgt etwa 15 Prozent. Dies bedeutet, dass im Jahre 2035 die Erwerbstätigen knapp 15 Prozent mehr leisten müssen als im Jahr 2010, um die gleiche Menge an Konsum- und Investitionsgütern pro Kopf der Bevölkerung zu produzieren. Das entspricht jährlich etwa 0,45 Prozentpunkten, also etwa einem Drittel des mittleren langfristigen realen Wirtschaftswachstums pro Kopf der Bevölkerung. Plakativ formuliert: Durch die Alterung unseres Landes wird ein Drittel des Wirtschaftswachstums „aufgefressen“.

Eine erste Herausforderung an Wirtschaft und Politik ist es demnach, die Abnahme der Erwerbstätigkeit zu dämpfen und das Potenzial, das in älteren Arbeitnehmern steckt, wieder in den Produktionsprozess einzugliedern. Dies erfordert nicht nur eine Umkehr der Frühverrentungsanreize für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es erfordert auch eine Reform der Arbeitsschutzgesetze, die derzeit eine Belegschaftsumstrukturierung nur auf Kosten der Arbeitsbeteiligung älterer Mitarbeiter möglich machen. Eine Verlängerung der Lebensspanne, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, kann nicht mit einem konstanten oder gar fallenden Rentenzugangsalter zusammen gehen – selbst in einer Volkswirtschaft, die so reich ist wie die unsrige.

Ein Blick auf unsere Nachbarländer Dänemark und Schweiz zeigt mögliche Alternativen. Würden wir in Deutschland innerhalb der nächsten zehn Jahre die gesamtwirtschaftliche Erwerbsquote dieser Länder erreichen, dann gingen uns deshalb statt 0,45 nur etwa 0,2 Prozentpunkte an Wachstum verloren.

Wachstum durch gesteigerte Produktivität?

Nicht nur die Anzahl, sondern auch die Altersstruktur der Beschäftigten wird sich in den nächsten Dekaden deutlich ändern. Die Babyboom-Generation, die bei Lebzeiten immer die stärksten Jahrgänge stellt, wird auch die Altersstruktur der Belegschaft dominieren. Wenn das gängige Vorurteil stimmte, dass die Arbeitsproduktivität mit dem Alter stark absinkt, würde die Altersstrukturverschiebung auch eine Verminderung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität bewirken. Nicht nur der Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen würde das Wachstum vermindern. Auch wären diese Erwerbstätigen im Mittel unproduktiver und weniger innovativ, was das Wirtschaftswachstum weiter reduzieren würde. Ob es wirklich einen Rückgang der Produktivität im Alter gibt und wie hoch dieser ist, ist sehr umstritten. Klar ist, dass die physische Leistungsfähigkeit abnimmt. Wie viel zählt diese jedoch in einer immer stärker wissensorientierten Gesellschaft? Erfahrung, Menschenkenntnis und Organisationswissen steigen dagegen bis weit zu dem Altersbereich, der derzeit und in Zukunft als normales Rentenalter bezeichnet wird.

Wiederum ist die Herausforderung auch als Chance zu sehen. Das Aufgabenfeld der Beschäftigten muss mit dem Alter wechseln. Diese Anpassung dient dazu, altersspezifische Kennt-

nisse in unserer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft stärker als bisher zu nutzen.

Die Öffnung der Kapitalmärkte

Die Alterung der Bevölkerung erhöht die Kapitalintensität unserer Wirtschaft und damit auch die Arbeitsproduktivität. Kapital, zum Beispiel Maschinen oder Computer, hilft also einer alternden Wirtschaft, den Mangel an Erwerbstätigen auszugleichen. Diese Entwicklung wird entscheidend durch die Rentenreformen modifiziert. Die privatwirtschaftliche Altersvorsorge wird allein wegen ihres Volumens langsam die Kapitalmärkte dominieren. Hier liegt die zunehmende makroökonomische Bedeutung der Kapitalmärkte.

Zweitens sind die Kapitalmärkte das notwendige Instrument, um die kleine Kindergeneration von den Lasten der großen Babyboom-Generation zu befreien. Nur in dem Maße, in dem die Mitglieder der Babyboom-Generation selbst ihre Altersvorsorge aufbauen, kann die nächste Generation entlastet werden. Ohne Kapitalmärkte kann es keine nachhaltige Altersvorsorge in einer kinderarmen Gesellschaft geben.

Schließlich wird die Alterung die internationale Arbeitsteilung vor allem durch die Kapitalmärkte verändern. Ein Deutschland mit vielen Konsumenten aber wenigen Arbeitskräften wird zunehmend importieren müssen. Wegen der in Deutschland knappen Arbeitskräfte und der recht hohen internationalen Immobilität von Arbeit werden mehr Erwerbstätige im Ausland die Konsumgüter produzieren, die in Deutschland nachgefragt werden. Offenheit im Handel bedingt jedoch auch Offenheit auf dem internationalen Kapitalmarkt. Das Ausland erhält sowohl Kapital als auch Absatzmärkte. Einerseits können die Länder jüngerer Altersstruktur schneller wachsen als ohne Direktinvestitionen aus Deutschland und Güterimporte nach Deutschland. Andererseits ist die deutsche Wirtschaft dadurch nicht auf einen fast unmöglichen Produktivitätsfortschritt angewiesen, um das heutige Konsumniveau zu halten.

Der Dreiklang der Wachstumskomponenten Arbeit, Produktivität und Kapital findet also seinen Widerklang in einem Dreiklang von Politikmaßnahmen: Erhöhung der Erwerbstätigkeit, Förderung der Aus- und Weiterbildung sowie Offenheit und globale Einbettung Deutschlands. Dies sind politische Herausforderungen, aber auch große Chancen für ein alterndes Land.

AUTOR + KONTAKT

Axel Börsch-Supan Ph.D. ist Institutsleiter des Mannheim Research Institut for the Economics of Aging (MEA).

MEA, Universität Mannheim,
68131 Mannheim. Tel. 0621/181-1861,
E-Mail: boersch-supan@mea.uni-mannheim.de



(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.